

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 1/2 Tblr.
für ganz Preußen 1 Tblr.
24/2 Sgr.

Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate
(1/2 Sgr. für die fünfgepal-
tene Zeile oder deren Raum;
Reklamen verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 7. Dezember. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Regierungs- und Konsistorial-Rath a. D. Roth zu Berlin den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem Ober-Registrator bei dem Magistrat zu Königsberg in Pr., Karl Theodor Leopold Schellin, dem Rothen Adler-Orden vierter Klasse, dem königlichen Stallmeister Gebhard I. zu Berlin den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse, und dem Musikleiter Schilling vom 7. Pommerschen Infanterie-Regiment Nr. 54 die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen; ferner dem Provinzial-Steuer-Sekretär Euge in Breslau den Charakter als Rechnungsrath zu ertheilen; endlich dem Kommandanten von Berlin, General-Lieutenant von Alvensleben, die Erlaubniß zur Anlegung des von des Königs von Württemberg Majestät ihm verliehenen Großkreuzes des Friedrichs-Ordens, so wie dem General-Adjutanten, General-Major von Alvensleben und Allerhöchstdemselben Beirath, dem Geheimen Sanitätsrath und Regimentsarzt des Kaiser Alexander Garde-Grenadier-Regiments Nr. 1, General-Arzt, Professor Dr. Lauer, zur Anlegung des von des Herzogs von Braunschweig Sobieski ihm verliehenen resp. Großkreuzes und Kommandeur-Kreuzes zweiter Klasse vom Orden Heinrichs des Löwen, zu ertheilen.

Am Gymnasium zu Brandenburg a. G. ist dem Prorektor Dr. Bergmann das Präbikat „Professor“ beigelegt worden.

Der interimistische Lehrer Dr. von Wawrowski ist bei dem Gymnasium zu Ditrowo als ordentlicher Lehrer angestellt worden.

Angekommen: Se. Excellenz der General der Infanterie und Gouverneur von Magdeburg, von Gayl, von Magdeburg.

Abgereist: Se. Excellenz der Wirkliche Geheime Rath und Präsident des Evangelischen Ober-Kirchenraths, von Nechtritz, nach Görlitz.

Telegramme der Posener Zeitung.

London, Freitag 6. Dez. Hier eingetroffene Nachrichten aus New York vom 23. v. Mts. melden, daß die Rechtsbeistände der amerikanischen Regierung die Gefangenennahme Masons und Slidells für gesetzlich erklärt haben. Nichtsdestoweniger ist die öffentliche Meinung wegen eines eventuellen Bruches mit England sehr beunruhigt. Dem Gouverneur von Maine ist seitens des Kriegsministers notifizirt worden, er werde sofort amtlich berufen werden, um über den Vertheidigungszustand der Küste von Maine Bericht zu erstatten. Die Legislative von Missouri hat den Beschluß auf Trennung von der Union votirt. Der Präsident Davis hat eine in sehr bestimmten Ausdrücken gefaßte Adresse an den Kongreß der Konföderation gerichtet, in welcher es unter Anderem heißt: Die finanzielle und militärische Lage der Konföderation sei jetzt stärker als beim Beginn des Kampfes. Die Finanzen würden gut verwaltet und ließe die günstige Resultate hoffen; eine Wiederherstellung der Union sei unmöglich. Der Präsident erwähnte der Gefangenennahme der Kommissare.

(Eingeg. 7. Dezember, 9 Uhr Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 6. Dez. [Die Stellung der Diplomatie zu Oesterreich; Absichten der Regierung in Betreff der Militärvorlagen; Spaltung in der Fortschrittspartei.] Die Wiener Blätter bringen jetzt ausführliche Mittheilungen über das Einschreiten östreichischer Truppen in der Herzegowina und bestätigen, daß gegen dieses Verfahren kein Widerspruch von Seiten der europäischen Diplomatie geltend gemacht worden ist. Nach übereinstimmenden Berichten haben allerdings die Vertreter Preußens, Russlands und Frankreichs nähere Erklärungen über die Beweggründe und Absichten des Wiener Kabinetts verlangt. Da aber Graf Rechberg erklärte, daß Oesterreich nur die ihr vertragmäßig eingeräumte Militärstraße frei erhalten wolle und seine Truppen nach Ausführung der betreffenden Operation sofort zurückziehen werde, so fanden die Gesandten sich zufriedengestellt und nahmen von allen Weiterungen Abstand. Ich habe Ihnen schon angedeutet, daß Oesterreich im Voraus die befreundeten Regierungen von dem beabsichtigten Unternehmen in Kenntniß gesetzt hatte. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Zustimmung des Berliner Kabinetts dem Vorgehen Oesterreichs innerhalb der näher angegebenen Grenzen nicht gefehlt hat. Wenn daher Preußen sich später noch der gemeinsamen Anträge Russlands und Frankreichs angeschlossen, so geschah dies nicht als eine Demonstration des Mißtrauens, sondern augenscheinlich in der Absicht, die Erklärungen des Wiener Kabinetts zur Abwehr von Mißdeutungen und Verwickelungen diplomatisch feststellen zu lassen. — Die von extremen Blättern beider Richtungen verbreitete Nachricht, daß die Regierung, dem Andrängen der Fortschrittspartei gegenüber, eine wesentliche Abänderung der Militärvorlagen vorbereite, sei es durch Einführung der zweijährigen Dienstzeit, sei es durch eine andere auf Verminderung der Kosten abzielende Beschränkung der bisherigen Forderungen, entbehrt jeder Begründung oder beruht mindestens auf einem groben Mißverständnis. In Bezug auf den Kostenpunkt ist das Aeußerste, wozu die Regierung sich verstanden hat, die Verheißung, daß der vorjährige Anschlag nicht überschritten werden soll. An eine Herabsetzung des Stats soll aber, wie ich aus guter Quelle weiß, gar nicht zu denken sein. Wenn von irgend einer Aenderung die Rede ist, so kann sich das lediglich nur auf eine Modifikation des Reserve-systems beziehen. Es ist nämlich, wie verlautet, die Absicht der Regierung, zur Reserve nur zwei Jahrgänge (nicht drei, wie bisher projektiert war) der Landwehr heranzuziehen. Dies würde für den Friedensstand des Heeres natürlich keine Kostenverminderung herbeiführen, sondern nur bei eintretender Kriegsbereitschaft eine Erleichterung gewähren. — In der Fortschrittspartei machen

sich schon Spaltungen bemerklich. Eine vorgerückte Fraktion macht es den Uebrigen zum Vorwurf, daß sie die demokratische Parteilahme verleugnen und nicht bestimmtere, ihrem Prinzip entsprechende Forderungen stellen.

(Berlin, 6. Dez. [Vom Hofe; Tagesnachrichten.] Der König nahm heute Vormittags die Vorträge des interimistischen Polizeipräsidenten v. Winter, des Oberst-Kammerherren Grafen Redern, des Hausministers v. Schleinitz etc. entgegen und fuhr darauf Mittags mit seiner erlauchten Gemahlin zu einem Besuche der Königin-Wittwe nach Schloß Sanssouci. Um 2 Uhr kehrten die Majestäten mit dem Magdeburger Zuge wieder hierher zurück und konferirte darauf der König mit den Ministern v. Auerswald und Grafen Schwerin. — Der Kronprinz wohnte gestern Abend dem Ministerrathe bei, welcher über 4 Stunden dauerte. Auch für morgen Vormittags 11 Uhr ist wiederum eine Sitzung angesetzt. Der Minister Graf Bernstorff hatte heute Vormittags längere Besprechungen mit den Gesandten Englands, Frankreichs und Oesterreichs und empfing alsdann den aus Frankfurt a. M. hier eingetroffenen Geh. Legationsrath Wenzel. — Der französische Bevollmächtigte de Clercq hütet in Folge einer Erklärung seit einigen Tagen das Zimmer. Nach seiner Wiederherstellung will er sich nach Paris begeben. Heute Abend sind mehrere Beamten des Hofmarschallamtes und die königliche Dienerschaft nach dem Jagdschloß Plessing von hier abgegangen. Gleichzeitig wurde auch der Küchen- und Silberwagen von hier über Magdeburg, Wollmirstädt etc. dorthin geschickt. An dem heutigen Diner des Finanzministers v. Patow nahmen die Minister und mehrere Direktoren und Rätthe der Ministerien theil. Herr de Clercq hatte wegen seiner Krankheit abgesehen lassen.

Im Lager der Fortschrittspartei herrscht heute Abend großer Jubel. Nicht nur in Berlin hat sie glänzend gefiegt, sondern auf telegraphischem Wege ist bereits die Nachricht eingegangen, daß sie in den Provinzen ebenfalls den Sieg errungen hat. (?) In unserer Stadt hat eigentlich nur im 1. Wahlbezirk ein heißer Kampf stattgefunden; in den 3 übrigen Wahlkreisen befand sich die Fortschrittspartei in der Majorität und war daher ihres Sieges gewiß. Im 1. Wahlbezirk hat die konstitutionelle Partei nur die Wahl des Geheimrathes Kühne bei der zweiten Abstimmung durchgesetzt; die beiden anderen Abgeordneten Stadtgerichtsrath Twesten und Geheimrath Taddel gehören der Fortschrittspartei an. — Im 2. Wahlbezirk sind gewählt worden Ober-Tribunalsrath Waldeck und Prof. Birchow; im 3. Schulze-Delitzsch und Seminarbibliothekar a. D. Diesterweg; im 4. Waldeck und Birchow. Die Kandidaten der konstitutionellen Partei Dr. Veit, Stadtrath Dunder, v. Sybel etc. blieben überall in der Minorität und die Kandidaten der Konservativen, Minister v. Noon, General v. Maljzewski, Justizrath Wagener etc. hatten nur einige Stimmen. Wie es heißt, werden Waldeck, Taddel, Birchow und Schulze-Delitzsch für Berlin nicht annehmen. Die Minister v. Auerswald und v. d. Heydt sind in Elberfeld, Graf Schwerin in Demmin gewählt.

Magdeburg, 4. Dez. [Horkel t.] Am 21. Nov. starb in Folge längerer Krankheit Dr. Joh. Horkel, Direktor des hiesigen Domgymnasiums. Erst seit dem 11. Okt. 1860 hatte dieser, noch in dem kräftigsten Mannesalter stehende Gelehrte das Rektorat des hiesigen Domgymnasiums übernommen.

Samburg, 5. Dez. [Senator Gesslen t.] Nach längeren Leiden verschied gestern Senator Heinrich Gesslen. Der Senat, sagt die „S. B. Z.“, dem er seit 1845 angehört, verliert an ihm eines seiner würdigsten und thätigsten Mitglieder, der Staat einen Bürger, dessen unablässig dem öffentlichen Wohle gewidmetes, in Zeiten der Bedrängniß charakterfestes Streben ihm dauernd den Ruf des Patrioten sichern wird.

Holstein. Neudorf, 4. Dezbr. [Unterstützungsverein.] Man schreibt den „S. N.“: „Der seit zehn Jahren bestehende Unterstützungsverein für Bedrängte in den Herzogthümern Schleswig und Holstein hat in dem letzten Jahre eine Einnahme von mehr als 20,000 Mark gehabt. Man sieht hieraus, daß die Theilnahme für die armen „Bedrängten“ aus den Jahren 1848—1850 noch immer lebendig ist. Namentlich ist es auch der Nationalverein, welcher hier anregend wirkt und dem Verein ansehnliche Beiträge zugeführt hat. So bedeutend die oben genannte Summe auch erscheinen mag, zumal sie bereits zehnmal erforderlich war, so nothwendig ist sie andererseits, da die Zahl der Familien nicht gering ist, welchen regelmäßige Unterstützung zufließt. Es waren im letzten Jahre 29 Familien, dem Zoll-, Post-, Zivils-, dem geistlichen und Lehrfach, sowie dem Militärstande angehörig, diese Familien werden, wie gesagt, regelmäßig unterstützt, woneben noch für außerordentliche Unterstützungen eine verhältnismäßig hohe Summe nothwendig ward. Möchte auch künftig die gleiche Opferwilligkeit sich zeigen, welche denen sich zugewendet, die für das Vaterland litten!“

[Befestigungen in Schleswig.] Nachdem die Befestigungsanlagen im südlichen Schleswig nunmehr vollendet sind, dürfte eine übersichtliche Darstellung derselben selbst für den Laien in der Kriegskunst nicht unwillkommen erscheinen. Die Befestigungslinie beginnt im Osten mit den Batterien bei Vorbye (nördlich von Eckernförde am Meerbusen gleichen Namens gelegen), welche dazu bestimmt sind, einmal das Eindringen einer feindlichen Flottille in den Hafen von Eckernförde zu verhindern, oder die Einfahrt einer dänischen Flottenabtheilung gegen ein von Süden her gegen dieselbe gerichtetes Artilleriefeuer zu decken, andertheils das feindliche Vordringen auf der Kiel-Eckernförde-Chaussee und durch die offene Stadt zu verwehren. Zur Deckung des Raums zwischen dem Windebyer Noer und der Schlei sind außer den schon früher er-

wählten Vorkehrungen zur Unterwasserlegung des vorliegenden Terrains einige starke selbständige Werke, so wie eine Linie von Brustwehren für Infanterie bei Fleckebye und Holm angelegt, welchen der starke Brückenkopf, den die Werke bei Miffunde bilden, zum Reduit dient. Von der Stadt Schleswig aus bis nach Schwabstedt hin, über den mittelschleswighischen Haiderücken hinweg und dann dem Thal der Treene folgend, zieht sich eine ausgedehnte und durch natürliche Bedingungen außerordentlich verstärkte Befestigungslinie hin, als deren Kern die eigentlich sogenannte Dannewerfstellung auf dem erwähnten Haiderücken angesehen werden darf. Die Hauptstärke dieser Linie beruht gleichfalls wie die zwischen dem Windebyer Noer und der Schlei, in der Möglichkeit, das ganze Treenethal unter Wasser zu legen, wozu die ausgedehnten Vorkehrungen getroffen sind. Die Unterwasserlegung wird, wie man versichert, schneller und vollständiger ausgeführt werden können, als im Jahre 1850, so daß dann nur noch die Chausseen und Deiche als passirbar anzusehen sind. Von Holmstedt bis Schwabstedt findet man hinter der Ueberschwemmungslinie ansehnliche Werke, bei Schwabstedt deren auf beiden Treeneufern, so daß hier ein förmlicher Brückenkopf gebildet wird, während außerdem die reiche und fruchtbare Landschaft Stapelholm durch gesonderte Werke bei Norderstapel, Süderstapel und Drage geschützt ist. Als der stärkste Punkt auf der ganzen Linie ist wohl auch diesmal, wie 1850, Friedrichstadt angesehen, welches beinahe im Scheitel des durch Treene und Eider gebildeten Winkels liegt. Drei Wege vermitteln von dort aus den Verkehr nach Osten hin, der Treenedeich, der Eiderdeich und zwischen beiden die Rendaburger Chaussee. Alle drei Zugänge waren schon 1850 in einem Abstände von 500—600 Schritt von der Stadt durch starke Werke gedeckt, so daß die schleswig-holsteinischen Sturmkolonnen auf dem engen Wege durch Kartätsch- und Kleingewehrfeuer den empfindlichsten Verlust litten. Jetzt sind daselbst neue, viel stärkere Werke angelegt, was zwar erstens an derselben Stelle, wo damals die bekannte „Vorkühlenschanze“ und der damals sogenannte „Chausseebrückenkopf“ lag. Genannte Werke sind durch starke Brustwehren mit einander verbunden. Auch nach Süden hin ist das Eiderreich durch Einschnitte für Geschütze und Etablierung einer Brustwehr für Infanterie stark befestigt. Im Westen endlich erstreckt sich vom Eiderdeich aus in nordwestlicher Richtung bis nach Koldenbüttel hin eine starke Brustwehr, welche in ein die Koldenbütteler Schwäbe beherrschendes kleineres Werk ausmündet. Die Schwäche dieser ausgedehnten Stellung liegt, wie man sieht, eben in ihrer gewaltigen Ausdehnung, so wie in der wenigstens theilweisen Abhängigkeit von der Jahreszeit. Ein starker Winter würde natürlich alle Ueberschwemmungsanstalten unnütz machen und gegen die durchschlagende Kraft gezogener 12- und 24pfündiger Geschütze dürften die nur auf die bisher allgemein bekannten Wirkungen artilleristischer Geschosse berechneten, sonst sehr vorsichtig und sorgfältig angelegten Werke nur verhältnismäßig geringe Widerstandskraft ausüben. Freilich könnte aber durch ein Ausstarren von einigen Tagen in dieser Stellung für die Vertheidiger unter Umständen viel gewonnen sein. (A. P. 3.)

Mecklenburg. Sternberg, 4. Dez. [Vom Landtage.] In der Landtagsitzung vom 27. v. M. wurde unter Anderem das nachstehende interessante Dittamen der Herren Pogge-Zäbbs, Hand-Wotrum und Manck-Duggenkopp über die bäuerlichen Verhältnisse Mecklenburgs verlesen: Die Verhandlungen über die Bauerverhältnisse geben uns Veranlassung, unsere Ansicht über dieselben auszusprechen. Mecklenburg besaß im 17. Jahrhundert einen zahlreichen Bauernstand, ähnlich wie man ihn noch jetzt in Preußen und in Hannover findet. Nach den Nachrichten, die uns geworden, gab es damals 12,000 Bauern im Ritterschaftlichen, wozu zur Zeit des siebenjährigen Krieges 5000, um 1794 noch etwas über 2400 waren, jetzt vielleicht noch 1600 existiren. Wenn nun auch unsere Landesherren, entsprechend den Bestrebungen der Landesherren der benachbarten Länder, sich vielfach bemüht haben, dieselben dem Lande zu erhalten, so hat doch das Uebergewicht, welches die Ritterschaft in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts über die landesherrliche Gewalt erlangte, dahin geführt, daß Mecklenburgs zahlreiche ritterschaftlicher Bauernstand vernichtet wurde. Der Bauer, schulplos der Ritterschaft übergeben, wurde mit Hofdiensten belastet, so daß er oft freiwillig, oft gezwungen seine Wittenschaft verließ, deren Aker mit zu den Höfen geschlagen wurde. So hat das Land vielleicht 200 größere Grundbesitzer gewonnen; auf jede neu hinzugekommene Gutsherrsfamilie hat es aber 50 Bauernfamilien eingebüßt. Im Interesse des Landes ist dies aber zu bedauern. In der Mark Brandenburg, in Hannover, wo die landesherrliche Macht die Ritterschaft bewältigte, blieben die Bauern im Besitze ihrer Wittenschaft, es ist dort aus den Bauern ein freier, unabhängiger Mittelstand entstanden, der ein reges Interesse an der Erhaltung der gesellschaftlichen Ordnung, und diese Länder vor inneren Unruhen und auswärtigen Feinden mit Erfolg beschützt hat. Die Vortheile der steigenden Bodenkultur, die vermehrte Bodenkultur, sind auch ihm zu Nutzen gekommen, die Bauern sind wohlhabend geworden und verbreiten durch Mitgaben, Erbtheilung, Darlehn von Geld in kleinen Posten Wohlstand in alle Schichten der Bevölkerung. Den Landstädten führen sie ihre Bedürfnisse ausreichend zu und nur der Ueberschuß wird exportirt. Der Handwerker und Kaufmann findet unter ihnen eine Menge von Kunden, die ihm Arbeit und Verdienst geben und durch ihre Vielheit seine Stellung zu einer viel unabhängigeren machen, als wenn er bei und sein Brod von wenigen großen Grundbesitzern hieße. Hätte Mecklenburg noch seine 10,000 ritterschaftliche Bauern, und wären selbige in sichergestellte Erbpächter, wie schon Karl Leopold wollte, woran ihn die Ritterschaft verbindete, oder in freie Besitzer verwandelt, so hätten diese mindestens in 50,000 andere Familien Vermögen und Wohlstand verbreitet. Tausende von Handwerkern und Kaufleuten könnten unbekümmert um Entziehung der Ritterschaft ihr Brod essen, ihr Erwerb, der Unterhalt ihrer Familien wäre sichergestellt. Unsere städtischen Wochenmärkte wären eben so besucht wie die preussischen, das Publikum brauchte sich nicht um wenige Pfunde Butter zu schlagen, die es trotzdem mit 19—20 Schill. höher wie in Hamburg und Berlin, bezahlen muß, wie es in Schwerin und anderen Städten vorgekommen ist. Man besuche nur einmal einen Wochenmarkt in Prißwalk, Rypitz, Wittstod, vergleiche diese mit denen unserer Landstädte, und man wird die Wahrheit des Obigen bestätigt finden. Die Klagen über die Theuerung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse sind in diesen Verhältnissen begründet. Zahlreiche Arbeiter finden bei den freien Bauern eben so gut ihre Arbeit wie auf den Höfen und können bei vorhandenem kleinen Grundbesitz, der frei ist, durch Parzellirung und Aufbau in den Besitze einer eigenen Wohnung und kleiner Grundstücke kommen, wodurch sie sich und ihre Familie sichern gegen Kündigung und theure Zeiten. So sind gerade in dem Mangel eines zahlreichen freien Bauernstandes viele der schmerzhaftesten Uebelstände

unseres Vaterlandes begründet. Die Möglichkeit, daß er wieder erstet, muß geschaffen werden. In der Verfassung von 1849 war dafür gesorgt durch die von den Landesherren verheißene Abtretung des Domani, durch die gestatete Teilbarkeit des Grundeigentums, durch die Aufhebung der Patrimonial-Gerichtsbarkeit, der Familien-Fideikomnisse des Lehnverbandes, so wie der verhängnißvollen Geleise von 1827 und 1837, welche das alte Recht der Teilbarkeit des Grund und Bodens aufheben." An diese Motivierung schließt sich dann eine Empfehlung der Ablehnung des Gesetzentwurfes wegen Regulierung der Bauernverhältnisse, aus welchem besonders die §§. 1., 11. und 13. als die Bauern benachteiligend bezeichnet werden." Hierauf knüpfte sich folgende Debatte: Landrath Baron v. Malzan: Das Diktamen enthält viele faktische Unrichtigkeiten. Herr Pogge-Zasbig: Alles, was im Diktamen ausgesprochen, sei thatsächlich. Man möge die Irrthümer nachweisen. Von vielen Seiten: Das Diktamen enthalte nichts als Unrichtigkeiten, man möge es auf sich beruhen lassen. Herr Mancke: Es sei heutzutage überall in der Welt Gebrauch, daß wenn irgendwo Unrichtigkeiten ausgesprochen werden, man dieselben widerlege und nicht todtschweige. Graf Bernstorff: Mehrere Herren hätten Unrichtigkeiten in dem Diktamen gefunden und würden dieselben auch schon nachweisen. Er sei dagegen, daß man solche Unrichtigkeiten auf sich beruhen lasse; dieselben würden oft später als wahr angenommen. Hr. v. Raffert-Beben: Es habe in Mecklenburg nie ein eigenes Bauernrecht gegeben wie in Hannover. Das wisse er, denn er sei in Hannover begütet. Landr. v. Blücher: Es sei kein eigentlicher Antrag in dem Diktamen enthalten. Herr Pogge-Zasbig: Das sei auch nicht beabsichtigt. Sie hätten nur ihre Ansicht aussprechen wollen. Es sei schon oft vorgekommen, daß ein Komiteebericht um 12 Uhr unterschrieben worden und um 1 Uhr ins Plenum zur Berathung gekommen. Man sei dann nicht vorbereitet. Darum hätten sie nun schon im Voraus die Versammlung auf das Bedenkliche des Gesetzentwurfes hinweisen wollen.

Großbritannien und Irland.

London, 4. Dez. Ueber die englisch-amerikanischen Wirren] schreibt die „Times“ in ihrem von gestern Abends datirten City-Artikel: „Das steigende Mißtrauen, welches sich heute in Betreff der Aussichten auf Erhaltung des Friedens kundgab, schien in sehr hohem Grade der Besürchtung zu entspringen, daß, wenn auch die gegenwärtig vorliegende Beleidigung gesühnt werden sollte, doch sehr bald die Partei in den nördlichen Staaten Amerikas, welche darauf erpicht ist, uns in einen Krieg hineinzureiten, irgend eine neue Beleidigung aushecken würde. So weit es sich um die Beilegung der gegenwärtig oberschwebenden Streitfrage handelt, sind die Aussichten keinesweges hoffnungslos; da es sich zeigt, daß man Grund hat, anzunehmen, in einer starken und höchst einflussreichen Sektion des Kabinetts sei man gemäßigten Rathschlüssen geneigt. Zudem müssen wir bedenken, daß der jetzt so laut nach Krieg schreiende amerikanische Pöbel beinahe ganz durch das unter ihn ausgestreute Geld bestochen ist und sofort aus einem ganz anderen Tone singen würde, wenn es mit der Zahlung nicht mehr so ganz flott ginge. Letzteres aber wird schnell genug eintreten. Die vereinigten Banken haben sich dazu verhalten lassen, Hr. Chase die dritte Rate der Anleihe von 30,000,000 Pfd. St. zu versprechen, und zwar auf die Versicherung des erwähnten Herren hin, daß es mit den auswärtigen Beziehungen des Landes niemals besser bestellt gewesen sei. Das Schwindeln dieses Wahnes wird sie veranlassen, sich zurückzuziehen, ja, es ihnen selbst, wenn sie den guten Willen hätten, unmöglich machen, weitere Hülfe zu leisten. Da man aber nun einmal durchaus Geld nöthig hat, so würde die Lage der Dinge sofort jeder Operation der Regierung einen Hemmschuh anlegen. Zudem scheint aus Berichten, die in Newyork umliefen, hervorzugehen, daß an die bedeutendsten Kapitalisten von London und Paris die Anfrage gestellt worden ist oder demnächst gestellt werden soll, wie viel Vorschüsse sie den amerikanischen Banken gegen Hinterlegung von Sicherheiten der Vereinigten Staaten zu leisten geneigt sein möchten, und da die Antwort darauf natürlich dahin lauten wird, daß man auch mit keinem rothen Heller herausrücken wolle, so wird den anderweitig ins Spiel kommenden heilsamen Einflüssen noch ein weiterer entsprechender Vorbehalt geleistet werden.“ Die englische Regierung läßt bereits Munition und Waffen nach Kanada verschiffen, doch von einer Absendung neuer Regimenter dahin verlautet noch nichts, eben so wenig scheint sich die nach Deutschland telegraphirte Nachricht, es sei der „Warrior“ nach den Antillen beordert, zu bestätigen. Wenn es zum Kriege kommen sollte, bemerkten hiesige Blätter, werde es an verwendbaren Schiffen nicht fehlen, um binnen kürzester Zeit alle amerikanischen Segel aus sämtlichen Meeren wegzufegen. Denn abgesehen von den zum Auslaufen bereitliegenden Schiffen und den starken Reserven, befinden sich gegenwärtig auf den ostamerikanischen Stationen unter Contre-Admiral Warren 8 Kriegsschiffe mit 110 Kanonen und 1332 Mann, im Stillen Weltmeer unter Kontre-Admiral Sir G. Maitland 13 Kriegsschiffe mit 223 Kanonen und 2695 Mann; lauter Dampfer, denen noch 4 Kriegsschiffe mit 57 Kanonen und 691 Mann zugetheilt worden sind. — Von verschiedenen Flotten-Freiwilligen-Stationen sind der Regierung abermals Zuschriften zugegangen, in welchen die Reservemannschaften erklären, ihren letzten Blutstropfen für die Ehre der Landesflagge versprechen zu wollen, worauf die Admiralität durch den General-Kontroleur der Küstengarde Folgendes erwidern ließ: „Nachdem ich den Lord-Kommissären der Admiralität Ihre Zuschrift sammt den Erklärungen der Reservemannschaften in den Häfen von London, Liverpool, Sunderland und North Shields vorgelegt habe, in welchen diese Mannschaften sich bereit melden, behufs sofortiger Verwendung auf der Flotte einzutreten, bin ich von den Lords-Kommissären der Admiralität beauftragt, allen diesen Häfen die hohe Befriedigung Ihrer Herrlichkeiten über die von den tüchtigen Seeleuten der königlichen Flottenreserve so rasch und freudig ausgesprochenen loyalen und patriotischen Gesinnungen auszudrücken. Die Lords bezeugen das festeste Vertrauen, daß die königliche Flottenreserve sich zum Dienste einstellen wird, wenn Ihre huldreiche Majestät es angezeigt finden sollte, sie vermittelst einer Proklamation zu rufen.“ — Einstweilen hat die Admiralität nach Portsmouth Befehl ertheilt, die Fregatten „Shannon“ und „Curyalus“, von je 51 Kanonen, sammt der Dampfshaluppe „Stramboli“ (6) zum aktiven Dienst bereit zu halten. Gleichzeitig erging nach Woolwich die Ordre, die Dampfshaluppe „Devastation“ zum Dienst fertig zu machen. Der Herzog von Cambridge hatte in den letzten Tagen wiederholt Besprechungen mit dem Kriegsssekretär. Alles das deutet darauf hin, daß die Regierung sich aufs Aeußerste gefaßt macht.

London, 6. Dez. [Telegr.] Die heutige „Times“ theilt mit, daß die Regierung den Dampfer „Australasian“ der Cunardlinie, welcher das amerikanische Postfessel am künftigen Sonnabend nach Newyork bringen sollte, zum Transport von Truppen nach Canada gemietet habe und daß das Paketboot „Amerika“ den „Australasian“ ersetzen werde.

Frankreich.

Paris, 4. Dezbr. [Die englisch-amerikanische Streitfrage.] Die „Patrie“ bringt heute einen Artikel über den amerikanisch-englischen Streit

aus der Feder Laguerrenniere's (de la Pointe). Derselbe spricht sich weder für England, noch für Amerika aus und beizagt weder der einen noch der anderen Macht eine besondere Sympathie. Zuerst sucht er zu beweisen, daß Frankreich nicht das geringste Interesse an diesem Streite hat, und es ihm ganz einerlei sein kann, ob Großbritannien insultirt wurde oder nicht. Frankreich hat ihm zufolge keineswegs die Mission, die England zugefügten Injurien zu rächen. Unter den gegenwärtigen Umständen sei Frankreich einfach der uninteressirte Zuschauer. „Wir sind“, heißt es dann weiter, „nicht Richter darüber, was der Ehre der englischen Macht zufließt. Seit zwei Jahren trommelt das Kabinet Lord Palmerstons in den drei Königreichen die Bretwilligen zusammen; es parzert seine Fregatten, giebt gezogene Kanonen, umgiebt seine Häfen mit formidablen Vertheidigungswerten und hält sich an der Gewalt vermittelst dieser kriegerischen Popularität. Da wir seit langer Zeit die erstaunten Zeugen dieser kriegerischen Vorbedeutung gegen das Phantom der Furcht sind, so fragen wir, welchen Rath können wir da geben, wo die Ehre Englands wirklich in Rede steht, ohne daß dieser Rath den Stempel der Nützigkeit und der Furcht neben den energischen Entschlüssen, welche diese Sprache und Handlungsweise voraussetzen lassen, tragen würde.“ Nachdem die „Patrie“ nochmals erklärt hat, daß Frankreich diesem Streite nur die Aufmerksamkeit zu schenken hat, die jedes große Ereigniß verdient, untersucht sie die Konsequenzen des amerikanisch-englischen Konfliktes. Sie glaubt, daß der Kapitän Wilks nach den Instruktionen seiner Regierung gehandelt hat, und wenn dieses auch nicht der Fall sei, so könne doch das Washingtoner Kabinet dem öffentlichen Gefühl, das den Kapitän nicht desavouirt, Folge leisten und daraus könnten, wenn England auf einer Reparation bestesse, Ereignisse entstehen, die eine Lage hervorbringen würden, die alle europäischen Mächte interessiren müßte. „Wagt Lincoln“, so schließt Laguerrenniere, „bei dieser Entscheidung, welche auf Kühnheit oder auf Berechnung beruht, damit nicht ein neues Element in den Kampf trete, der an den Ufern des Potomac entbrannt ist! Sollte die Anerkennung des Südstaaten-Bundes von Seiten Englands nicht für alle Mächte die politische Nützigkeit mit sich bringen, einer solchen Veränderung der Lage Rechnung zu tragen? Als die beiden faktisch getrennten Staatengruppen der ehemaligen Union einander mit den Waffen in der Hand gegenübertraten, noch dazu auf zweifelhafter Grenze, konnten Frankreich und Europa aus Handelsinteressen sich damit befassen und das Ende eines Krieges herbeiwünschen, der sich unfruchtbarer Weise und unter Bedingungen in die Länge ziehen möchte, welche für beide Theile wenig Aussicht auf eine nahe Lösung bieten: aber weder Frankreich noch Europa sahen sich zu einer politischen Intervention in dem Zwist veranlaßt. Wenn aber jetzt in Folge eines Vorfalles, dessen Vertretung das Kabinet von Washington scheint auf sich nehmen zu wollen, der südliche Bund, der bis heute nur durch den bewaffneten Protest seiner Freiwilligen existirt, dahin gelangt, in das europäische Völkerverrecht in Gemäßheit der Anerkennung durch eine der Großmächte einzutreten, sollten dann die übrigen Staaten nicht Veranlassung haben, die Haltung in Erwägung zu ziehen, die ihnen eine so wichtige Modifikation abnöthigen dürfte? Dann wäre es das Kabinet von Washington also selber, welches dertin der Geschichte gegenüber die Verantwortlichkeit trüge für die Entschlüsse, welche Europa fassen müßte im Interesse seines Handels und seines Einflusses, um so mehr, als sie am Ende nur die Folge einer Handlung wäre, welche von ihm ausging oder doch von seiner Autorität gedeckt war. Welcher Art auch die Entschlüsse der Mächte sein mögen, die Regierung des „Weissen Hauses“ wird sich darüber weder verwundern noch erzürnen können, denn die gewöhnlichste Politik ließ dieselben voraussehen.“ — Die „Patrie“ enthält außerdem noch folgende höchst kriegerisch lautende Mittheilung: „Mehrere englische Blätter meinen, der Kommandant des „San Jacinto“ habe auf eigene Faust gehandelt und dürste durch den Präsidenten Lincoln desavouirt werden können. Wir glauben zu wissen (und die englische Regierung weiß dies ebenfalls), daß die Schiffe „San Jacinto“, „James Adger“, „Susquehana“, „Tempest“ und „Savannah“ vom Kabinet zu Washington die gleichlautende Anweisung erhielten, jedes Schiff anzuhalten welches sie verdächtig fänden, die beiden Abgeordneten des Südbundes an Bord zu haben, und sich letzterer, so wie deren Briefschaften zu bemächtigen. In Washington weiß Jedermann, daß der Staatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten schon öfters das Londoner Kabinet beschuldigt hat, daß es im Einverständnis mit dem Südbunde stehe, und daß er die beiden Abgeordneten deshalb habe abfangen lassen, um Beweise für seine Ueberzeugung zu erhalten. Die oben genannten sechs Kreuzer waren so stationirt, daß sie die beiden Abgeordneten von ihrem Abgang, bis zu ihrem Anfunftspunkte beobachten konnten. Der „San Jacinto“ traf von Mexiko kommend, in Havanna ein, empfing seine Instruktion vom dortigen amerikanischen Konjul und begab sich in Folge einer Besprechung mit diesem Agenten auf die Jagd des „Trent“, dessen Nationalität ihm sehr wohl bekannt war. Die Depeschen, auf die man es in Washington besonders abgesehen hatte, entgingen dem Kapitän.“ Einem der Kommissäre der Südstaaten, Obersten Bemart, der sich ebenfalls auf dem „Trent“ befand, ist es gelungen, den Amerikanern zu entgehen. Derselbe soll auch im Besitze der Depeschen seiner Regierung sein. Er ist in Paris angekommen. — Wie die „Patrie“ erfährt, hat der „San Jacinto“ vor dem „Trent“ und der „Julie und Marie“ noch zwei andere Schiffe, ein dänisches, „Zitland“ und ein portugiesisches angehalten.

[Tagenotizen.] Aus Compiègne wird gemeldet, daß seit 14 Tagen sich dort im Hotel de la Cloche der Prinz von Capua, Oheim des Königs Franz II. von Neapel, mit einem Theile seiner Familie aufhalte. — Foult arbeitet gegenwärtig an einem Berichte über die städtischen Finanzen und die leibliche Administration des Seine-Präsidenten. — Madame Custis, die Frau des Sekretärs des Herrn Eldred, ist vorgestern Abend in Begleitung des Obersten Remat aus Louisiana, welcher sich gleichfalls auf dem „Trent“ befand (s. oben), in Paris angekommen. Mistress Eldred und ihre Töchter hatten sich noch einige Tage in London auf. — Einer Depesche zufolge ist das amerikanische Schiff „Marshall“ auf dem Wege von Newyork nach Havre bei Guernsey mit 1205 Fassern Wehl und 12,759 Kubelß Getreide untergegangen. — In Bezug auf die Armeereduktion vermindert man, daß dieselbe sich vorläufig auf die Aufhebung einiger vereinzelter Korps, wie die afrikanischen Spahis und die Hundertgarden beschränken soll, die sehr theuer kommen und für die Landesverteidigung von keinem wesentlichen Vortheil sind. — Das am Ende Dezember aberraunte Bankett zu Ehren Berrysers stößt auf Schwierigkeiten, welche größtentheils von den ehemaligen Batonniers des hiesigen Barreaux herrühren. Von ihnen hat bis jetzt nur Dupin, General-Saalsprokurator am Kassationshofe, definitiv seine Bethheiligung zugesagt. — Dem französischen Gesandten de Montfrier sollte in den Dardanellen die freie Durchfahrt verweigert, und als er sie sich erzwungen, Seltens der Pforte die Bitte um gütige Entschuldigung des vorgekommenen Mißverständnisses zugekommen sein. — Neuere Briefe aus Konstantinopel vom 22. November wissen von einem solchen Vorfall schlechterdings nichts. — Nach Berichten aus London verweigern die Assuranzgesellschaften die Versicherung der für Amerika bestimmten Schiffe und Ladungen. Sie wollen erst den Beschluß abwarten, den die englische Regierung fassen wird. — Im Hotel Drouot ist gegenwärtig ein Werk Napoleons III. zur Versteigerung ausgestellt. Es ist eine Zeichnung, welche einen Alpenbirten mit spitzen, breitrindigem Hute, in seinen Mantel gehüllt und auf einen langen Stab gestützt, darstellt. Er sieht an einem Tische und hält in der linken Hand ein Glas. Am Fuße der Zeichnung steht man in deutscher Sprache die Worte: „Mein lieber Herr Kaufmann, nehmen Sie diese Zeichnung als eine Erinnerung an Ihren früheren Zögling an. Louis Napoleon.“ — Die hier verbreitete gewesene Nachricht, daß Alexander Herzen auf russischem Gebiet verhaftet und nach Sibirien deportirt sei (s. Nr. 284), wird jetzt widerrufen. Alexander Herzen befindet sich ruhig in London.

Belgien.

Brüssel, 4. Dez. Ueber die Feuersbrunst in Antwerpen] liegen weitere Berichte vor, doch ist von zuverlässigen Angaben in Betreff der Verunglückten noch keine Rede. Dem Antwerpener „Avenir“ fehlt beinahe der Muth, sich gegen angebliche Uebertreibungen zu erheben. Als feststehend und namhaft genannt sind bis jetzt fünf Opfer, darunter der ausgezeichnete Stadtbauinspektor Stooh, der auf seinem Posten ausstarb, bis Rettung zu spät war, ferner der erste Beamte des Entrepot Felix, Girich, ein ausgezeichnete pflichttreuer Mann. Unter dem Einsturze der Mauer des Entrepot nach der Dockseite hin wurde zum Glück Niemand begraben, da die Mauer eine Zeit lang frachte und schwankte, bevor sie brach. Die „annäherungsweise“ gegebene Uebersicht des „Avenir“ über die im Entrepot verbrannten Waaren ergibt: 100,000 Hekt. Getreide, 15—1700 Ballen Wolle, 950 Fässer Tabak, 400 Fässer Korinthen, 1000 Blöcke Acajoubolz, 200 Fässer Potasche, 300,000 R. Eisen in Barren, 1000 Rollen verschiedener Artikel, 500 Ballen Flach und Berg, 1500 Kisten Zucker,

5000 Saß Reis, 4000 Stück trockene Häute und 500 Ballen Kaffee. Die belgisch-antwerpener Raffinerie war „ungefähr“ zu 1,700,000 Fr. versichert, die theils auf belgische, theils auf mehrere französische Gesellschaften fallen. Die Baulichkeiten über der Erde waren zu 900,000 Fr. versichert. Auch die Waaren waren zum größeren Theile versichert bei allen belgischen und den auswärtigen Gesellschaften, die am Plage vertreten sind. Verlust an Gebäuden und Waaren zusammen im Entrepot Felix werden auf 8—10 Mill. geschätzt. Damit das Unglück vollständig sei, ist das Feuer auch in die Kellerräume des Entrepot eingedrungen, wo lagerten: 200,000 Kil. Baumwollensamen, 100 Fässer Tabak, eine Partie Acajoubolz, 500 Stück gefalzene Häute, 100 Kisten Bimstein, 150,000 Kil. Farbehölzer, 500 Tonnen Terpentintöl, 250 Fässer Harz, 2500 Säcke Guano, 200,000 Kil. Kupfererz. Die Kellergewölbe der Raffinerie sind bereits mit den rauchenden Trümmern des Hauses eingestürzt. Mit dem „Avenir“ im Widerspruch steht die Meldung des „Percurseur“, der bemerkt: „Die Keller des Entrepot wurden nicht vom Feuer ergriffen; alle Anstrengungen der Spritzenleute und Truppen sind darauf gerichtet, dieselben zu schützen.“ Laut dem „Percurseur“ fehlten mehrere Militärs beim Appell; sieben Soldaten liegen, fast alle im Gesicht und an den Händen stark verbrannt, im Spital. In einem späteren Artikel meldet der „Percurseur“, daß im Entrepot Abends gegen 9 Uhr eins der Kellergewölbe etwa in der Mitte des Gebäudes einstürzte, so daß „also zu fürchten steht, das Feuer werde auch die Waaren in den Kellern erreichen, wo Löschung unmöglich ist“. Die Bücher des Entrepot sind allerdings gerettet, die Berechnung über die ein- und ausgegangenen Waaren kann aber erst in einigen Tagen genaue Resultate liefern.

Italien.

Turin, 5. Dezbr. [Telegr.] Man versichert, daß Garibaldi morgen wieder abreisen werde. — In der Deputirtenkammer verteidigte Boncompagni das Ministerium und sagte unter Anderem, man werde Rom nicht vor Benedig haben, Italien werde nach Benedig gehen, wenn es eine Armee von 300,000 Mann haben werde. Ricafoli wird morgen sprechen.

[Der Guerillakrieg in Neapel.] Nach Berichten aus Neapel, welche am 3. Dez. in Turin eingetroffen sind, waren, wie das Journal „Isipino“ meldet, 700 Briganti zu Romagnano in der Provinz Principato citeriore zernit worden. — Aus Neapel, 30. Nov., ist in Marseille am 3. Dez. die Nachricht angelangt, daß das offizielle Journal begonnen hat, detaillirte Nachrichten über die Insurgentenbanden zu bringen. Die Insurgenten sollen in großer Anzahl und mit Geschütz in der Basilicata konzentirt, aber vom General La Chiesa umzingelt sein. — Nach Berichten aus Neapel, welche am 1. Dez. der „Allg. Ztg.“ zufolge, in Livorno eingegangen sind, ist Vorges mit Langlais und Crocco von Sagopole ausgebrochen und auf der Straße von Melis in die Provinz Salerno eingerückt. Nachdem Bella besetzt worden war, rückte die Hauptkolonne in der Richtung von Basaggiano vor, während die Vorhut in Bigigliano einzog, wo sie von der Bevölkerung mit größtem Enthusiasmus empfangen wurde. Die Piemontesen hatten sich indeß in Campagna, dem Hauptort des Bezirks, und in San Gregorio verschanzt. General della Chiesa wurde beauftragt, Salerno zu besetzen und die Royalisten mit seinen Truppen anzugreifen. Am 25. Nov. rückten die Mobilgarden nach Eboli vor und Tag darauf kam es zu heftigem Kampfe. In Salerno hörte man den Donner der Kanonen; der Ausgang ist noch nicht bekannt.

Rom, 28. Nov. [Die Aktienstücke Ricafoli's; Sonntagsfeier.] Das offizielle „Giornale di Roma“ sagt über die neuesten Manifestationen in den Turiner Kammern wider Rom: Eine Depesche aus Turin vom 20. d. bringt den Inhalt der Dokumente, die vom Baron Ricafoli der Kammer der Deputirten übergeben worden. Ohne Zeit mit der Auseinandersetzung der Projekte bezüglich des heiligen Stuhls zu verlieren, in denen der unerfättliche Geist von Ehrgeiz und Habucht, von einer fast beispiellosen Unverschämtheit, wie von fast ins Lächerliche übergehender Beschränktheit (stupida) überboten ist, wird es zu bemerken genügen, daß sie nichts weiter als die servile Wiederholung jener frevelhaften und sinnlosen Grundgedanken sind, wodurch die zugelassenen Werkzeuge der Revolution Italien schon lange mit Krankheitsstoff erfüllt. Jetzt auf sie einzugehen, wäre ohnedies um so überflüssiger, weil dieselben nur von einem retropektiven Belang sind, da es nach der Erklärung Ricafoli's selber bekannt ist, wie die französische Regierung, d. h. die einzige, worauf das Turiner Kabinet zu zählen schien, jederzeit offiziell das Gegentheil abgelehnt hat. In dieser Beziehung aber ist es nicht unwichtig zu bemerken, daß es unter den obenerwähnten, vom Telegraphen bezeichneten Dokumenten eines giebt, worin die sardinische Regierung ihrem Pariser Gesandten aufgiebt, die Wittivirung der französischen Regierung dringend anzurufen, indem er auseinandersehe, wie sich diese fiele, Piemont nothwendig in sehr große Verlegenheiten verwickelt fände.

Eine Verordnung des Kardinal-Generalvikars scharft eine strengere Beobachtung der Sonn- und Festtage, eine andere größere Achtung der Fasttage ein. Vorzüglich sollen Schneiderinnen und Puzmacherinnen an Feiertagen weder arbeiten noch gefertigte Arbeiten austragen lassen. Die Anzeige der Verlegung des Gebots durch glaubwürdige Zeugen genügt, sofort die Strafe zu verhängen.

Spanien.

Madrid, 1. Dez. [Kleine Notizen.] Die „Correspondencia“ sagt, die Regierung wünsche bei der konstitutionellen Reform den Granden von Spanien das Eintrittsrecht in den Senat zu erhalten, wenn sie ein jährliches Einkommen von 10,000 Piastren nachweisen können. — Die Kosten des afrikanischen Krieges belaufen sich auf 286 Millionen Realen und die Verluste der Armee auf 4000 Mann. — Die Zahl der im Laufe des Monats September amortisirten Titel der öffentlichen Schuld betrug 4455, im Gesamtwerthe von 8,155,887,107 Realen. — Die „Correspondencia“ versichert, daß von einer Rückkehr der Königin Mutter nach Spanien vor der Hand nicht mehr die Rede sei.

Rußland und Polen.

Warschau, 2. Dez. [Vertagung der Adelswahlen; Erleichterung für die Juden.] Auf kaiserliche Verfügung sind die Adelswahlen, welche demnächst in den Gouvernements Wilno, Grodno und Kowno stattfinden sollten, wegen des über diese Provinzen verhängten Kriegszustandes und für die Dauer desselben vertagt worden. — Durch einen anderen Ukas wird das Gebot in Wilno aufgehoben, indem die Beschränkung des Wohn- und Handelsrechts der dortigen Juden auf bestimmte Straßen jetzt aufgehoben soll. Warschau, 3. Dez. [Die Untersuchung gegen Diabkowski; Gerüchte über Bielopolski; v. Krzyzanowski; Verhaftungen.] In diesen Tagen erwartet man mit Gewißheit die Beendigung der Untersuchung und den Urtheilspruch des Kriegs-

gerichts gegen den Administrator der Warschauer Erzdiöcese Prälaten Bielobrzęski. Personen, die von dem Gänge und der Lage der Unterjochung unterrichtet sein können, sind der Meinung, daß das Urteil auf Todesstrafe lauten werde. Diese Ansicht scheint aber wohl übertrieben, weil bekanntlich nur in äußerst seltenen, sehr schweren Fällen hier auf Todesstrafe erkannt und diese dann gewöhnlich auf Verschickung nach Sibirien gemildert wird. Ob die Verschickung des Prälaten Bielobrzęski überhaupt unter diese Rubrik fallen dürfte, darüber läßt sich schwer von Uneingeweihten etwas Sicheres sagen; bemerkenswerth ist es indeß, daß mir diese Mitteilung von zwei ganz entgegengesetzten Richtungen gemacht wurde, was mich veranlaßt, wiederzugeben, was ich hörte. — Ueber Graf Wielopolski ist das Gerücht verbreitet, daß er nach Bewilligung seiner Entlassung aus dem Staatsdienste auf der Rückreise nur bis Dürenburg gekommen, von dort aber per Telegramm wieder nach St. Petersburg zurückberufen worden sei, um von Neuem ins Amt zu treten. Die Polen sagen sogar als Statthalter des Königreichs und sprechen bereits von Vorbereitungen zu Operationen für diesen Fall. So wünschenswerth auch die Rückkehr des Grafen Wielopolski in die von ihm bekleideten hohen Ämter, behufs der Durchführung der von ihm entworfenen Reformpläne, sein mag und so befähigt er sich während seiner Verwaltung gezeigt, so sind doch die hiesigen Verhältnisse jetzt keinesweges darnach angethan, daß diese Rückkehr sich augenblicklich von Nutzen erweisen könnte; denn so lange die Gemüther nicht vollständig beruhigt, d. h. die Mehrheit nicht zur Einsicht gekommen ist, daß mit Demonstrationen, mit passivem Widerstande und mit politischen Utopieen das Beste ihres Vaterlandes nicht erreicht werden kann, so lange werden auch neue durchgreifende Reformen, wie sie Graf Wielopolski in Aussicht nimmt, unmöglich durchzuführen sein. Als bloßer Administrativ-Beamter aber Pläne nach altem System auszuführen, dazu scheint Graf Wielopolski, seinem bekannten selbständigen Charakter nach, nicht gemacht zu sein. Es würde auch bei den Sympathien, welche die Polen, die ihn im April und Mai noch einen Verräther (Zdrajca) nannten, jetzt für ihn haben, sein sofortiger Wiedereintritt nur zu fernerer Heftigkeit und zu übertriebenen Erwartungen reizen und so die Pazifikation, freiwillige oder unwillkürliche, für die nächste Zeit erschweren. — Die Wahl des Kaisers, welche in der Person des General-Lieutenant v. Krzyzanowski, Chef des Generalstabes der ersten Armee, zum General-Militär-Gouverneur von Warschau, getroffen worden, kann man eine glückliche nennen, da General Krzyzanowski, welcher in seinen bisherigen Funktionen verbleibt, ein mit den hiesigen Verhältnissen genau bekannt, dabei strenger und energischer, aber auch gerechter Mann ist, der diese einflussreiche Stellung gewiß vollständig ausfüllen wird. — In der verfloßenen Nacht haben mehrfache Hausdurchsuchungen und wieder einige Arrestierungen stattgehabt. (A. P. 3.)

A s i e n.

[Neueste Ueberlandspost.] Kalkutta, 3. Nov. Hier ist die Nachricht vom Tode Lord Elgins eingetroffen. — Bombay, 12. Nov. Allahabad wurde zum Sitze der Regierung für die nordwestlichen Provinzen bestimmt. Die Cholera in Kabul hat aufgehört. Sir Richmond Shapleare, Agent in Zentralindien, ist gestorben.

A m e r i k a.

Newyork, 20. Novbr. [Die „Trent“-Affaire.] Die amerikanischen Zeitungen zeigen, daß die Ereignisnahme der Mason und Slidell als ein überaus wichtiges Ereigniß gefeiert wird. Die Freude äußert sich zuweilen in einer Manier, die man in Europa roh nennen würde. Bemerkenswerth ist dabei, daß die genannten Herren meist als „Abgesandte einer kriegführenden Macht“ behandelt werden, während die Südstaatlichen doch bisher nur als „Rebellen“ bezeichnet wurden. Die meisten Zeitungen glauben damit dem willkürlichen Verfahren des amerikanischen Schuppenkapitans die Spitze abgebrochen zu haben. Wir lassen hier einige Auszüge folgen. Die „Newyork Tribune“ schreibt: Was immer aus dieser Angelegenheit für Verwickelungen entstehen mögen, so viel steht fest, daß über die Gefichte aller loyalen Amerikaner bei der Nachricht von diesem Fange ein allgemeines Grinsen sich zog. Wir haben diesmal eine an guten Nachrichten reiche Woche, dieler Fang aber ist die angenehmste, die wir seit Ausbruch der Rebellion erhalten haben. Von allen Erzverrättern sind diese beiden, nicht einmal Jefferson Davis und Floyd ausgenommen, die angenehmsten Gefangenen. Was aber wird England zu der Geschichte sagen? Wir wissen es nicht und kümmern uns nicht viel darum. Wofür es die Freilassung dieser Herren fordern sollte, werden wir ihm genau so antworten, wie unsere Regierung es für passend halten wird. — Die „Newyork World“ beantwortet dieselbe Frage scherzend dahin, daß man in einem solchen Falle die gefangenen Gefandten entweder auf einem amerikanischen Kriegsschiffe nach England führen würde, wo sie nach ihrer lächerlichen Gefangennehmung nur mehr eine lächerliche Rolle als Diplomaten spielen würden, oder man würde sie nach britischem Muster erst aufhängen und sich nachträglich bei England entschuldigen müssen. Der „National Intelligencer“ und „Boston Daily News“ beschränken sich darauf, in gemeinlichen Ausdrücken das Rechtmäßige des Verfahrens nachzuweisen, wobei das letztgenannte Blatt sich auf die Autorität des holländ. Edw. Everett stützt. Auch das „Newyork Journal of Commerce“ vertheidigt die Gefangennehmung und meint, von Entschuldigungen und Genugthuung könne um so weniger die Rede sein, als es ein reiner Höflichkeitsakt des Kapitans war, bloß die Gefandten nicht auch das Schiff, mit Allem, was darauf war, als rechtmäßige Preise mitzunehmen. Was hier als Akt der Höflichkeit betrachtet wird, nennt die „Newyork Times“ den einzigen Fehler, der dem tapferen Kapitän zum Vorwurf gemacht werden könne. Sonst werde jedes ehrliche Herz nur billigen können, daß er, unbekümmert um etwaige Proteste, gerade auf sein Ziel lossteuerte. In einem zweiten Artikel spricht dasselbe Blatt den Glauben aus, daß die Tories dem Ministerium Palmerston die Hölle heiß machen werden, wenn dieses das Unvermeidliche über sich ergehen läßt, gesteht aber ein, daß Kapitän Wilkes einen Formfehler begangen habe, daß er nicht das Schiff vor ein Admiralgewicht gestellt. — Die „Newyork-Shipping-List“ ist überzeugt, daß der Vorfall nicht zu weiteren Verwickelungen führen werde, andere Handelsblätter gaben sich derselben Hoffnung hin, und kein einziges scheint zu ahnen, welchen tiefen Eindruck dieser Vorfall auf ganz England hervorbringen werde. — Der Spezialkorrespondent der „Times“ (Russell) fürchtet

seinerseits, daß die Sache nicht ganz gemüthlich ablaufen werde. Auch die Regierung und das diplomatische Korps, so schreibt er, seien nicht ohne Besorgnisse. Gleich bei Eintreffen der Nachrichten sei ein Ministerrath einberufen worden. Die auswärtigen Gesandten hätten einander, und allesamt dem englischen Gesandten Besuche abgestattet. Unter den Ministern, den französischen Prinzen und Generalen sei gleichfalls große Aufregung bemerkbar gewesen. Schließlich sei den Regierungsblättern die Weisung ertheilt worden, von der Gefangennehmung der „feindlichen Gefandten“ als von einem Faktum zu reden, gegen dessen Rechtmäßigkeit England unmöglich Einwendungen erheben könne. Somit seien die Rebellen plötzlich als kriegführende Macht und ihre Emissäre als Gefandte anerkannt worden. Daß damit die Sache abgethan sei, hält er für unmöglich. Aber selbst wenn dieser Fall nicht zu einem offenen Bruch führen sollte, ist er überzeugt, daß bei der gegenwärtigen Stimmung in Amerika eine neue Veranlassung zu Zwistigkeiten mit England nicht lange auf sich warten lassen werde.

Die Abgeordnetenwahlen im preussischen Staate.

Wir geben unter dieser Rubrik ein vollständiges, nach den Wahlorten alphabetisch geordnetes Verzeichniß aller in den acht Provinzen des preussischen Staates gewählten Abgeordneten, wie uns die Nachrichten darüber zugehen. Es wurden am 6. d. gewählt:
In Aachen: Landgerichtsrath de Spoo, Bürgermeister Baur in Eschweiler, Bürgermeister Conzen in Laagen, alle drei liberal.
In Anklam: Der Minister Graf Schwerin, der Konjul Müller aus Stettin und der Witredakteur der „Nat. Zeitung“ Otto Michaelis aus Berlin.
In Aplerbeben: Gerichtsdirektor Zimmermann, Gutbesitzer Püchel, beide konstitutionell.
In Belgard: Baud-Jagerten, Carbe-Blumenwerder, liberal, gegen Arnim-Heinrichsdorf und Justizrath Wagener.
In Berlin: 1. Wahlbez. Geh. R. Kühne, Geh. R. Taddel, Ewstein, 2. Waldes und Birchow. 3. Schülze-Delisch, Diesterweg. 4. Birchow und Waldes.
In Bonn: Prof. Dr. Braun (liberal).
In Brandenburg: 467 Wahlmänner. Gewählt: General Stavenhagen mit 411, Ger.Rath Parisius mit 369, Ober-Reg. R. Diebereich mit 400 St.
In Breslau: Bergbaupolmann v. Sarnall (minist.), v. Kirchmann (3), Prof. Koepfel, verfassungstreu, ministeriell.
In Brieg: Bannipeltor Hoffmann (3), Scholz Niersche (ministeriell).
In Burg: Ger. Dir. Schütz, Oberpräsident Bonin, beide konstitutionell.
In Coblenz: Kaufmann Philipp Jakob Caspers, Kaufmann Jakob Kaufmann, beide liberal.
In Cöln: Kleemann-Publiß, Freie-Meissin, liberale mit 100 Stimmen Majorität.
In Danzig: Behrendt (3), Rechtsanwalt Köppl (3).
In Düren: Gutbes. Joseph Key zu Kelz, Landrath a. D. v. Hilgers, zur Zeit in Berlin, beide liberal.
In Düsseldorf: Bürgermeister van der Straeten, Landgerichtsrath Groot.
In Elberfeld: Der Handelsminister v. d. Heydt und der Staatsminister v. Auerwald.
In Erfurt: Kreisgerichtsrath Bering, entschieden liberal, mit 162 Stimmen. Gegenkandidat Ober-Regierungsrath v. Lettau 34 Stimmen.
In Gladbach: Kratz, Kammerpräsident aus Köln, v. Sybel, Assessor a. D. aus Düsseldorf (1).
In Glatz: Regens. Strecke (1), Graf Plati (1), Ger. Dir. Hartmann (1).
In Gölzig: v. Carlowitz (1), Dr. Paur (1), Rechtsanwält Bassenge (1).
In Greifswald: Der Gutbesitzer Hinrich-Jessin mit 263, Senator Haeger mit 257 Stimmen. Auf den Gegenkandidaten Buggenhagen fielen 77, resp. 83 Stimmen.
In Gummersbach: App. Ger. Rath Lew in Köln, liberal.
In Hagen: Friedrich Harfort und Rechtsanwält Gerstein.
In Halberstadt: Regierungsrath Seubert, Direktor Lympius, beide entschieden liberal.
In Halle a. S.: Für den Saalkreis wurden zu Abgeordneten mit großer Majorität gewählt: Kommerzienrath Jakob und Pastor Kugel, beide zur liberalen Partei gehörend.
In Hirschberg: Kreisgerichtsrath Biegel, Pastor Gringmuth, beide ministeriell.
In Insterburg: Gutbesitzer Brenzel-Verfallen und Bender-Scharin-hof (beide 3).
In Jserlohn: Rittergutsbes. Overweg in Lemme, liberal, Kaufmann Krug in Dipe.
In Köln: Landgerichtsrath Bürger, Kaufmann Georg Heuser, beide liberal.
In Königsberg i. Pr.: Schulze-Delisch (3), Bender-Catharinenhof (3), Dr. Kösch (3).
In Krefeld: Prof. v. Sybel aus Bonn, liberal.
In Landsberg: der Regierungsassessor Kette, liberal, mit 291 Stimmen. Der Gegenkandidat, Rittergutsbesitzer Honig-Gralow, konservativ, erhielt 122 Stimmen. Der Baron Baerit-Herrndorf, der Fortschrittspartei angehörig, mit 291 St. gewählt. Der Gegenkandidat Honig-Gralow erhielt 126 St.
In Magdeburg: Eciential Krause aus Berlin und Fabrikbesitzer Hermann aus Schönebeck, beide konstitutionell. Vanger Wahlkampf und wiederholte Abstimmungen.
In Marienburg die Kandidaten der Fortschrittspartei Rechtsanwalt v. Forckenbet-Gibing mit 279 gegen 92, und Gutbesitzer Kieg-Marienau mit 255 gegen 89 Stimmen.
In Marienwerder: John (3), und Riebold, Fraktion Mathis.
In Mörz: Gutbesitzer G. Schloß in Kanten (1).
In Mülheim am Rhein: Rentier Götters aus Honnef (liberal).
In Münster: Dr. Zabel, Chefredakteur der National-Zeitung mit 180 von 262 Stimmen, Kreisgerichtsrath Geißdorff mit 195 von 260 Stimmen.
In Naugard-Kegental: Gutbes. Robert auf Tornow, Landrath Käbler in Chodziele, liberal, gegen Landrath v. Wisniam und v. Blanzenburg.
In Neuß: Gutbes. Broich zu Bucherhof bei Neuß (liberal), Friedensrichter Ruder in Urdingen (1).
In Neuwied: Geh. Overtribunalrath Frech zu Berlin (1), Dahmann Kreisrichter zu Linz (1).
In Nordhausen: Fabrikant Salsfeld, der Fortschrittspartei angehörig, wurde mit 145 Stimmen zum Abgeordneten gewählt. der Gegenkandidat Landrath v. Davier erhielt 59 Stimmen.
In Rügenwalde: Rentier Bähn in Rügenwalde (3), Gutbesitzer Hinrich auf Treten (3).
In Saarbrücken: Die Kandidaten der Fortschrittspartei Professor Birchow, Franz Dunder und Sello sind in Wittweiler gewählt worden.
In Wahlbezirk Saarburg-Merzig: Gutbesitzer Getto (3).
In Sagan: Kreisger. Rath Wegle (minist.), Kreisrichter Quäl (3).
In Schivelbein: Professor Schubert mit 109 gegen 63 Stimmen.
In Siegen: Kreisgerichtsdirektor v. Beugem in Neuwied.
In Stargard (Pommern). Schulz-Billerbeck mit 260, Mühlbed.-Wachlin mit 245 Stimmen. Beide liberal. Gegenkandidat v. Wedell-Crem-zow erhielt 88 Stimmen.
In Stendal: Reg. Rath Haake aus Breslau (3), Kaufmann Schulze, konstitutionell.
In Stettin: Otto Michaelis, Mitredakteur der „Nat. Ztg.“, Stimmende 216, davon Michaelis 132, Direktor Dohrn 62, v. Koon 17, Sternberg 3, Räderig 2 Stimmen.
In Stolp: Landrath v. Gottberg, Staatsanwalt v. Bonin, Gutbesitzer v. Denzin, sämtlich konservativ.
In Stralsund für den Kreis Franzburg und Rügen: Oberregierungsrath v. Rathen und Justizrath Wagener.
In Tarpiau: Kreisgerichtsdirektor Larz, Gutbesitzer Sauten-Delisp-pchen (beide 3).
In Thorn bis zum Abgang der Devesche: Fabrikant Weese (3).
In Tilsit: Hooberbed-Mickeldorf (3), und Rechtsanwalt Schwarz-Berlin (3).
In Torgau: Gutbes. Stephan (3), Gutbes. Grobe (konstitutionell).
In Trier: Landgerichtsrath Müller, liberal, Professor Marx, liberal.

In Waldenburg: Rittergutsbes. Mitsche (1), Kommerzienrath Reichenheim (1) und Justizrath Karsten (1).
In Wangleben: Bürgermeister Schneider (3).
In Wesel: Kreisgerichtsrath Gültel (liberal).
Waldenberg: Dr. Müller Hertelsau mit 207 Stimmen, Gutbesitzer Matthes Hohenhargitz mit 221 Stimmen; beide entschieden liberal.
In Zinten: Prof. Schubert, Gutbes. Ebebeck-Peisten (3).

K o k a l e s u n d P r o v i n z i e l l e s.

R Posen, 7. Dezbr. [Flottenangelegenheit.] Es ist bereits in ds. Bl. darauf hingewiesen, daß die hier bestehende Filiale in der Flottenangelegenheit demnächst eine Generalversammlung zu halten beabsichtige. Dieselbe wird nunmehr übermorgen, Montag d. 9. d., Abends 7 Uhr im Odeum abgehalten werden und sind alle diejenigen zum Besuche derselben eingeladen, welche bisher schon an der Flottensache thätig sich betheiligt haben, oder doch nunmehr daran sich zu betheiligen Willens sind. Wir hoffen und wünschen, daß die Zahl der letzteren eine recht große sein möge; ist doch gerade in dieser Angelegenheit nur durch das Wirken recht vieler vereinter Kräfte ein materielles, und zugleich ein sittliches das nationale Bewußtsein anregendes und förderndes Resultat zu erzielen! Die Generalversammlung wird übrigens noch dadurch für die Theilnehmer an Interesse nicht unwesentlich gewinnen, daß neben dem Bericht über die bisherige schätzenswerthe Thätigkeit der Filiale, auch noch ein geschichtlicher Vortrag über Preußens Bestrebungen zur See unter dem großen Kurfürsten durch Realschullehrer Plehwe gehalten werden wird.

○ Posen, 7. Dez. [Versicherungswesen.] Auf die Aenderung der Grundzüge, welche bisher bei Zulassung von Versicherungsgesellschaften zum Geschäftsbetriebe in Preußen maßgebend waren, haben wir schon im Mai d. J. (Nr. 107) aufmerksam gemacht. Inzwischen hat sich die Konkurrenz durch die Konfessionierung von fremdländischen Versicherungsanstalten, namentlich in der Feuerversicherungsbranche auch hier so vermehrt, daß von einem Mangel zur Befriedigung des Versicherungsbedürfnisses wohl kaum noch die Rede sein kann. Ohne Zweifel wird auch hier die Konkurrenz dem versicherungssuchenden Publikum zu Gute kommen; da indeß die Zulassung zum Geschäftsbetriebe an sich keine Gewähr für die solide Fundierung und umsichtige Leitung der betreffenden Anstalt bietet, so wird der Versicherungsnehmer entweder selbst prüfen müssen: ob er sein Hab und Gut dieser oder jener Gesellschaft mit Sicherheit in Schutz geben könne, oder er wird sich auf die Angaben der Agenten verlassen müssen, und der höhere oder geringere Prämiensatz wird darum nicht allein den Ausschlag geben dürfen. In einem Gutachten, welches die hiesige Handelskammer kürzlich der k. Regierung erstattet hat, spricht sich dieselbe über diesen Punkt in folgender Weise aus:

„Im Allgemeinen befindet sich in der Provinz Posen das Versicherungsbedürfniß noch im Keime. Der kleinere Landwirth versichert sein Mobiliar selten; geschieht dies hin und wieder in einem Dorfe, dann beilegen sich die Nachbarn in der Regel auch, ihr Mobiliar zu versichern, weil die erstgenommene Versicherung ihnen Besorgniß vor Ausbruch eines Brandes einflößt. Die durch Zulassung so vieler Gesellschaften in neuerer Zeit vermehrte Konkurrenz bezeugt für die Provinz darum keinem besonders ausgeprägten Bedürfnisse. Sollen die Geschäfte erst aufgeführt werden, so kann von einem Erforderniß neuer, zumal ausländischer Gesellschaften für das Land um so weniger die Rede sein, als die inländischen Institute von der Versicherung der Immobilien hier zur Zeit noch ausgeschlossen sind. Weil aber die Solidität, resp. die finanzielle Basis mancher neu auftauchenden Gesellschaft zweifelhaft sein mag, die Prozedur ihrer Vertreter, um unter allen Umständen Geschäfte zu machen, oberflächlich in Bezug auf die Annahme von Versicherungen werden kann, so wird sich zunächst empfehlen: sämtliche Versicherungsgesellschaften, sowohl beim Beginne des Geschäftes im Inlande, als auch etwa quartaliter die speziellsten Angaben über Grundkapital, Anlegung der Fonds und die Veröffentlichung des ganzen Geschäftsstandes durch bestimmte Blätter zur Pflicht zu machen, für deren Richtigkeit die Vorsteher der Gesellschaft unter ähnlichen, wo möglich härteren Strafen, wie in den §. 307 seq. der Konkursordnung vorsehen, persönlich für den aus unrichtiger Angabe Anderen entstandenen Schaden mit ihrem Vermögen einstehen müßten.“

Es läßt sich die Gewichtigkeit der geforderten Publizierung für das Einzel- und Gesamtinteresse des Publikums wie des Staats nicht in Abrede stellen und einzelne bedeutende Gesellschaften, wie die Magdeburger Feuerversicherungsgesellschaft, die Lebensversicherungsgesellschaft Germania in Stettin und andere haben aus eigenem Antriebe mit periodischer Veröffentlichung ihres Geschäftsstandes begonnen und es werden diesem Vorgange bald andere folgen.

h Birnbaum, 6. Dez. [Die Wahlen] für unseren Wahlkreis gestalten sich wie folgt: Bei der ersten Wahl erhielten Rittergutsbesitzer v. Rubinski von den Polen 164 Stimmen, Staatsanwalt Sander aus Meleritz 122 St., Rittergutsbesitzer Keibel auf Groß-Münche (liberal) 6 Stimmen und Rittergutsbesitzer Baron v. Massenbach (konservativ) 26 St. Bei der zweiten Wahl stimmten 164 Polen für den Leutenant a. D. (früher im 2. Drag. Reg.) v. Alkiewicz; Sander erhielt 152 St. Die Gewählten sind polnische Kandidaten, von denen der letztere nicht polnisch spricht und eine preussische Pension bezieht. Die katholischen Deutschen von den Dörfern bei Schwerin und aus Biesen waren zu den Polen übergegangen. Ihre Zahl betrug einige 20, und dadurch allein errangen die Polen den Sieg. Die Juden und die übrigen Deutschen hielten in der zweiten Wahl fest zusammen. Es rächt sich die durch Petitionen vergeblich bekämpfte, den Deutschen durchweg ungunstige Feststellung der Wahlbezirke. Hätte die Stadt Pinne ihrer Urwählerpflicht genügt und wie vor 3 Jahren Deutsche gewählt, so wäre die Wahl zweier Deutschen gesichert gewesen.

+ Bomst, 6. Dez. [Wahl.] Von 359 Wahlmännern haben 6 gefehlt. Die erschienenen haben den Obersten v. Anruh-Bomst mit 200 Stimmen und den Regierungsrath Dr. Ziegert in Arnshberg mit 175 Stimmen gewählt. Gegenkandidaten: Probst Gamrecki (140), Graf Plater (141), Kammerherr Hiller von Göttringen (24 Stimmen).

K o z m i n, 6. Dez. [Wahl.] Für die Kreise Pleßchen und Krotochin wurden heute von 403 erschienenen Wahlmännern zu Abgeordneten gewählt: 1) Wladislaus v. Niegolewski aus Morornica, Kreis Kosten, mit 291 Stimmen (Gegenkandidat Kennemann in Klenka), 2) Adam v. Zoltowski aus Ujazd, Kreis

